

Dokumentation

Außenpolitik

Karsten Giese

Weiterhin diplomatische Spannungen zwischen Deutschland und China

Nachdem die chinesische Regierung bereits unmittelbar auf den Empfang des Dalai Lama durch Bundeskanzlerin Merkel im Bundeskanzleramt am 23. September 2007 mit „starker Unzufriedenheit“ (vgl. C.a., 5/2007:141) reagierte, lässt sich auch in jüngster Zeit keine Entspannung in den diplomatischen Beziehungen zwischen Deutschland und China erkennen.

Die chinesische Regierung sieht es als besonderen Affront an, dass das bereits geplante Treffen mit dem religiösen Führer des tibetischen Buddhismus von Angela Merkel während ihrer Chinareise Ende August nicht angekündigt worden war. Parteichef Hu Jintao und Premierminister Wen Jiabao zeigten sich infolge des Dalai-Lama-Besuchs „tief geschockt und verletzt“.

Weiterer Ausdruck der Verstimmung auf chinesischer Seite war ein Nein zu dem für Dezember in Beijing geplanten Menschenrechtsdialog. Hier herrschte schon im Vorfeld Dissenz darüber, welche Organisationen daran beteiligt sein sollten. Auf chinesischer Seite bestanden Vorbehalte insbesondere gegen die Beteiligung bestimmter NGOs, auf deren Teilnahme Deutschland jedoch offensichtlich nicht verzichten wollte. Der Empfang des Dalai Lama kam Beijing hier wohl nicht völlig ungelegen.

Ebenfalls als Reaktion auf den Empfang des Dalai Lama wurde jüngst die aktuelle Runde des seit November 2006 bestehenden Strategischen Dialogs abgesagt, bei dem alljährlich die Staatssekretäre beider Außenministerien zusammentreffen, um unter anderem Fragen zum Schutz der Menschenrechte und der geistigen Eigentumsrechte zu diskutieren. Ein für den 1. bis 8. Dezember geplanter offizieller Empfang Finanzminister Steinbrücks in Beijing durch seinen chinesischen Kollegen Xie Xuren wurde ebenfalls abgesagt, offiziell wegen Terminproblemen.

Forderte die chinesische Führung von der deutschen Regierung bereits wirksame Maßnahmen zur Verbesserung der bilateralen Beziehungen, so trägt ein von der CDU/CSU-Bundestagsfraktion am 23. Oktober veröffentlichtes Asien-Papier aus der Sicht Beijings zur weiteren Eintrübung des deutsch-chinesischen Verhältnisses bei.

In dem Schriftstück ist unter anderem Folgendes zu lesen: „Mit China steigt ein undemokratischer, nichtliberaler Staat in der weltwirtschaftlichen und weltpolitischen Hierarchie auf“, und „China stellt dem Westen damit in zunehmendem Maße die Systemfrage und sieht sich als alternatives politisches Ordnungsmodell, das die wirtschaftlichen und politischen Interessen Deutschlands und der EU außerhalb Europas herausfordert.“ (<http://www.cdu.de/doc/pdfc/071023-cducus-fraktion-asienstrategie.pdf>, Aufruf 27.11.07)

Das chinesische außenpolitische Magazin *Huanqiu* unterstellte Merkel daraufhin und im Anschluss an die Äußerungen

der Bundeskanzlerin in Indien, den Aufstieg Chinas durch die Zusammenarbeit mit Staaten wie Indien, Japan und Südamerika abbremsen zu wollen. Wie stark das deutsch-chinesische Verhältnis mittlerweile abgekühlt ist, lässt sich mit der Wortwahl des ehemaligen Diplomaten Zhou Anping in der *World Affairs* veranschaulichen, der die bilateralen Beziehungen beider Länder fast auf dem „Gefrierpunkt“ sieht. Der chinesische Botschafter Ma Canrong sprach in Bezug auf das CDU/CSU-Papier die deutliche Warnung aus, dass sich die Beziehungen zwischen Berlin und Beijing weiter verschlechtern könnten. Zuletzt sprach er von einem „schwer gestörten“ Verhältnis.

Das Agieren der Kanzlerin ist auch im Inland nicht unumstritten, wie die Kritik des Koalitionspartners SPD zeigt. So sprach Außenminister Steinmeier auf dem Hamburger SPD-Parteitag in Bezug auf die China-Politik Merkels von „Schaufensterpolitik“ und kritisierte indirekt den Empfang des Dalai Lama im Kanzleramt.

Nachdem die deutschen Wirtschaftsverbände zunächst relativ gelassen auf die politischen Verstimmungen reagiert hatten, forderte nun erstmals auch BDI-Chef Jürgen Thumann am 26. November von Merkel einen „konstruktiven Dialog“ mit der chinesischen Regierung. (XNA, 20.11.07; BBC, 16.10.07; FAZ, 19.11.07; ST, 21.11.07; HB, 9., 10., 11.11.07; *Der Spiegel* Online, 15., 27.11.07; FTD, 27.11.07; *Die Welt* Online, 15.11.07)

China wünscht Stabilität in Myanmar

Am 5. Oktober 2007 meldete sich die chinesische Regierung mit einem Kommentar

zur Situation in Myanmar zu Wort, in dem sie mit Genugtuung die Beruhigung der Lage im Nachbarland konstatierte und diese Entwicklung den positiven Bemühungen von Myanmars Führung und des Sondergesandten der Vereinten Nationen Gambari zuschrieb. Beijing selbst, so hieß es, habe im Stillen gewirkt und unter anderem den Einsatz des UN-Gesandten unterstützt. Medienberichten zufolge rechnete es sich Beijing als Erfolg der eigenen stillen Diplomatie an, dass Gambari seine Rolle überhaupt erfüllen und nach Myanmar einreisen durfte. Ferner habe Beijing gegenüber der Militärjunta sehr deutlich gemacht, dass es kein Blutbad im Nachbarland wünsche.

Der chinesische Vertreter bei den Vereinten Nationen, Wang Guangya, stellte klar, dass die Situation in Myanmar keinerlei Gefahr für Frieden und Stabilität in der Region oder der Welt darstelle, und erteilte so indirekt jeglichen Wünschen nach Sanktionen gegen Myanmar eine klare Absage. Druck auch vonseiten des UN-Sicherheitsrats werde nicht hilfreich sein, sondern vielmehr zu Misstrauen und Konfrontation führen. Es sei vielmehr im langfristigen Interesse sowohl der Bevölkerung Myanmars als auch der gesamten asiatisch-pazifischen Region, Stabilität in Myanmar zu wahren. Wang war sich durchaus bewusst, dass diese Haltung die Kritiker Chinas nicht befriedigen würde. Wang betonte in diesem Zusammenhang, er habe durchaus Verständnis für die international geäußerte Besorgnis. Die chinesische Regierung ist sich der schlechten Presse im westlichen Ausland durchaus bewusst, wird jedoch nicht von ihrer Haltung abgehen. Unverständlich bleibt allerdings, warum von

China direkte Einflussnahme erwartet wird, während Indien von derartiger Kritik verschont bleibt.

Beijing durfte sich Mitte November allerdings in seiner Haltung bestärkt sehen. Zum einen forderte der UN-Sondergesandte Gambari mehr Zeit, um seine Mission zu erfüllen. Zum anderen dankte der singapurische Außenminister George Yeo der chinesischen Regierung ausdrücklich für ihre Unterstützung der Vermittlungsrolle der ASEAN sowie für die sehr hilfreiche Rolle, die China hier spiele. Im Sicherheitsrat sprach sich China explizit gegen jegliche Sanktionen aus, betonte, man dürfe Myanmar nicht durch unüberlegte Aktionen ins Chaos stürzen und zu einem zweiten Irak werden lassen.

Die dreitägige Reise eines eigenen Sonderemissärs (Wang Yi) nach Myanmar Mitte November bestärkte die chinesische Regierung in ihrer Haltung. Im Zentrum müsse die Wahrung der inzwischen wieder eingetretenen Stabilität stehen. Ferner sei für die chinesische Regierung die Unterstützung der Mediatorenrolle der Vereinten Nationen von zentraler Bedeutung. (XNA, 6.10., 16.11.07; ST, 5., 6., 27.10.07; SCMP, 16.11.07; Xinhua, 11.10.07, nach BBC PF, 11.10.07)

Außenpolitik auf dem Parteitag

Abgesehen davon, dass Außenpolitik nicht im Zentrum des Interesses auf Parteitaggen der KPCh steht, machte die Rede Hu Jintaos auch dem Letzten deutlich, dass China sich inzwischen seines Gewichtes in der Weltpolitik nur allzu bewusst ist. Neben den bekannten Bekenntnissen zu einer friedlichen Entwicklung und zum Ein-

satz für Frieden und Kooperation fand sich auch die Einschätzung wieder, dass die Entwicklung der Welt hin zu einer multipolaren Struktur unumkehrbar sei. Woher Hu diese Gewissheit nimmt, wenn er zugleich die Existenz und den Einfluss von Hegemonismus und (unipolarer) Machtpolitik kritisiert, bleibt sein Geheimnis.

Obgleich der gute alte Begriff des Widerspruchs nicht wörtlich genannt wurde, besagt die Analyse, die Ausweitung des Nord-Süd-Gefälles sei das Kernproblem unserer Zeit. Wenig überraschend ist der Appell zur gemeinsamen Anstrengung aller Staaten für den Aufbau einer nicht näher definierten harmonischen Welt sowie das Bekenntnis zu den Prinzipien der UN-Charta.

Dass China sich nicht in Isolation vom Rest der Welt entwickeln könne, ist auch seit 30 Jahren herrschende Lehrmeinung. Nunmehr wird aber auch konstatiert, die Welt könne sich zukünftig nicht mehr ohne das Zutun Chinas an Wohlstand und Stabilität erfreuen. Der Zusammenhang zwischen Chinas Zukunft und dem Schicksal der Welt werde immer enger, so Hu Jintao. China werde weiterhin durch seine eigene Entwicklung zur regionalen und globalen Entwicklung beitragen. Das Land werde – nach Sicherstellung der eigenen Entwicklungsinteressen – auch den legitimen Belangen anderer Länder entgegenkommen. Dies gelte besonders für die Interessen von Entwicklungsländern.

Überhaupt unterscheidet die KPCh nach den Worten Hu Jintaos in der Formulierung ihrer Außenpolitik zwischen drei Kategorien von Staaten, den entwickelten Ländern, den Nachbarländern und ande-

ren Entwicklungsländern. Gilt für Erstere die Stärkung des gegenseitigen Vertrauens, die Intensivierung der Kooperation und die Klärung bestehender Differenzen im Interesse langfristig stabiler Beziehungen, so gilt für die Nachbarstaaten die Schaffung von Win-Win-Situationen und die Förderung der regionalen Integration. Den Entwicklungsländern gilt wachsende Solidarität und Unterstützung im Rahmen der chinesischen Möglichkeiten. Legitime Anliegen dieser Länder wolle man sich ebenso zu eigen machen wie die Verfolgung gemeinsamer Interessen aller Entwicklungsländer. (RMRB, 25.10.07; in vollständiger englischer Übersetzung: China Central TV-1, 15.10.07, nach BBC PF, 17.10.07)

Taiwan: Variationen zum Thema

Zum Thema Wiedervereinigung kontra Unabhängigkeit spricht die chinesische Regierung mit Marx- und Engelszungen. War man bislang schon immer daran gewöhnt, dass aus der chinesischen Führung mit verteilten Rollen abwechselnd gedroht und gelockt wurde, war es in jüngster Zeit Hu Jintao als alleiniger Akteur, der Variationen zum Thema beisteuerte.

Unmittelbar vor dem Nationalfeiertag am 1.10.2007 warnte Hu öffentlich ausdrücklich davor, die Beziehungen über die Taiwan-Straße hinweg seien in eine höchst gefährliche Phase eingetreten. Diese Warnung bezog sich auf die Pläne des noch amtierenden taiwanischen Präsidenten Chen Shuibian, die Präsidentschaftswahlen im kommenden März mit einem Referendum über den Plan zu verbinden, die Insel unter der Bezeichnung Taiwan zum Mitglied der Vereinten Nationen zu machen.

Nur einen Tag später als Hu betonte Wen Jiabao in gewohnter Arbeitsteilung den festen Willen der Beijinger Regierung, eine Wiedervereinigung mit Taiwan auf friedlichem Wege zu erreichen. Auf dem XVII. Parteikongress der KPCh Mitte Oktober in Beijing gefiel sich dann bei der Vorstellung seines Rechenschaftsberichts auch Hu Jintao in der Rolle der Friedens-taube. Gegenwärtig intensivierten zwar die secessionistischen Kräfte auf Taiwan ihre Aktivitäten und bedrohten damit die friedliche Entwicklung (*heping fazhan*) der Beziehungen zwischen beiden Seiten der Taiwan-Straße. Dennoch war der Taiwan-Teil seiner Rede bemerkenswert frei von Säbelras-seln.

Die Nachrichtenagentur Zhongguo Tongxunshu strich in ihrem Bericht zum Parteitag denn auch besonders heraus, dass Hu in seinen Ausführungen zu Taiwan, die an der zehnten Stelle des Berichts standen, nicht weniger als 15-mal das Wort Frieden gebraucht habe, friedliche Wiedervereinigung siebenmal und friedliche Entwicklung immerhin noch fünfmal erwähnte. Der Einschätzung, der Parteitagsbericht habe viele neue Ideen zu Taiwan enthalten, mag man dann aber doch nicht ohne Weiteres folgen, obgleich das Angebot zur Unterzeichnung eines Friedensvertrages so wohl noch nie in einem Rechenschaftsbericht der KPCh enthalten war.

Dennoch handelt es sich bei der Formulierung nicht um eine wirkliche Novität. Eine entsprechende Offerte war bereits Bestandteil der fünf Punkte umfassenden Übereinkunft am Ende des Besuchs von Lian Zhan, Parteichef der in Taiwan oppositionellen Guomindang im Jahr 2005.

Das Angebot, auf der Basis der Anerkennung des Ein-China-Prinzips den Zustand der Feindschaft zu beenden und ein formales Friedensabkommen zu beschließen, richtet sich Beobachtern zufolge denn auch letztlich nicht an die gegenwärtige politische Führung in Taiwan unter der DPP und Chen Shuibian. Vielmehr muss der Vorstoß wohl als ein Signal insbesondere an den Präsidentschaftskandidaten der Guomindang, Ma Yingjiu, gewertet werden. Dieser ist als jemand bekannt, der eine Wiedervereinigung gegenüber einer möglichen Unabhängigkeit klar präferiert.

Taiwan steht nicht im Fokus des Parteitages. Zudem bestand aus Beijinger Sicht zum Zeitpunkt der mündlichen Rechen-schaftslegung durch Hu Jintao auch aus anderem Grund keine Notwendigkeit für eine feindselige Haltung, die nur die Gefahr der Entfremdung der taiwanischen Bevölkerung bürge. Schließlich hatte der diplomatische Druck Beijings auf die USA bereits dazu geführt, dass diese ihrerseits deutliche und warnende Worte an den taiwanischen Präsidenten richteten. So hatte die regierende DPP – offensichtlich nicht zuletzt auf Druck der Vereinigten Staaten – davon abgesehen, eine geplante Parteire-solution zu verabschieden, in der die For-derung nach Umbenennung der offiziellen Bezeichnung der Insel von Republik Chi-na auf Taiwan in Taiwan festgeschrieben werden sollte.

Trotz der auf dem Parteitag versöhn-lich anmutenden Ausführungen ändert sich nichts an der Grundhaltung der KPCh und damit der Regierung in Beijing in der Sache Wiedervereinigung des Vaterlan-des. Da das Referendum über eine UNO-

Mitgliedschaft Taiwans trotz dessen Bedeu-tungslosigkeit auch erst im März nächs-ten Jahres auf dem Programm steht, sind weitere Variationen des Themas zwischen Beschwichtigung und Drohung zu erwar-ten, wie sie aus der Vergangenheit hin-reichend bekannt sind. Die Offerte eines Friedensvertrages auf dem XVII. Parteitag der KPCh hat hier keineswegs eine neue Zeit eingeläutet. (ST, 29.9., 16., 20.10.07; XNA, 1., 15.10.07; WSJ, 28., 30.9.07; ZXS, 15.10.07, nach BBC PF, 16.10.07; RMRB, 25.10.07; in vollständiger engli-scher Übersetzung: China Central TV-1, 15.10.07, nach BBC PF, 17.10.07)

Kaum Fortschritte im Öl- und Gasdisput mit Japan

Mitte November 2007 fanden zwischen China und Japan in Beijing Gespräche über die Erschließung von Gasvorkommen im umstrittenen Seegebiet im Ostchinesi-schen Meer statt. Die Erwartungen waren auf beiden Seiten offensichtlich schon vor den Konsultationen nicht besonders groß. Im Vorfeld war aus China betont worden, man sei offen für Lösungsvorschläge Japans, was darauf hindeutet, dass eigene Vorschläge wohl nicht gemacht werden sollten und man Japan unter Zugzwang sah. Der ebenfalls vor Gesprächsbeginn aus dem chinesischen Außenministerium erfolgte Hinweis, das Ergebnis der Kon-sultationen werde keinen Einfluss auf den geplanten Besuch des japanischen Premier-ministers Yasuo Fukuda in China haben, ließ ebenfalls keine positiven Erwartungen aufkommen.

Ohne positive Überraschung und ohne konkrete Ergebnisse gingen die Gesprä-

che vorüber. Beide Seiten betonten jedoch die Notwendigkeit von verstärkten politischen Bemühungen zur Beilegung des Disputs. Das Treffen war eines von bislang insgesamt elf Konsultationsrunden innerhalb der letzten drei Jahre, die sich mit dem Gas- und Territorialdisput beschäftigen haben.

Die Differenzen über die Erschließungsrechte im Ostchinesischen Meer sind neben territorialen Streitigkeiten und divergierenden Ansichten über Japans Kriegsgeschichte ein bedeutender Faktor, der die bilateralen Beziehungen seit geraumer Zeit belastet. Der Disput liegt in der unklaren Demarkation des Ostchinesischen Meeres und daraus erwachsenden divergierenden rechtlichen Positionen begründet. Tokyo befürchtet, dass die zunehmende Erschließung von Gasvorkommen durch China japanische Vorkommen austrocknen könnte, und fordert dementsprechend eine politische Entscheidung Beijings, bevor es seinerseits zu weiteren Konzessionen bereit ist.

Im Vorfeld der Gespräche war das ursprüngliche Vorhaben der japanischen Regierung, einen Plan zur gemeinsamen Erschließung der Gasvorkommen bis zum Ende des Herbstes vorzustellen, verschoben worden. Angesichts der großen Herausforderung, die die Angelegenheit darstellt, sollte stattdessen lediglich ein Zwischenbericht angefertigt werden. China hat sich japanischen Medienberichten zufolge aufgrund des großen Einflusses des Militärs in Beijing bislang in offiziellen Gesprächen kompromisslos gezeigt. In nicht amtlichen Zusammentreffen habe Beijing jedoch deutlich mehr Flexibilität erkennen lassen.

Chinesische Experten machen Japans Haltung für den Stillstand verantwortlich. Japan bestehe auf der Anwendung des Prinzips einer sogenannten mittleren Linie zwischen den Seeterritorien beider Staaten. Ferner habe Japan darauf bestanden, die Ausbeutung der westlich dieser Mittellinie befindlichen Lagerstätten Chunxiao und Tianwaitian ebenfalls zum Gegenstand der Verhandlungen zu machen. Dies könne von China nicht akzeptiert werden, da es sich bei diesen Vorkommen auch bei Zugrundelegung des Mittellinienprinzips unstrittig um solche auf chinesischem Territorium handle. Eine von Japan präferierte gemeinsame Ausbeutung käme hier dem Eingriff in die territoriale Integrität Chinas gleich.

Zwar drückte der japanische Außenminister Masahiko Komura die Hoffnung aus, vor der für Anfang des Jahres 2008 geplanten Chinareise von Premierminister Yasuo Fukuda eine Einigung erzielen zu können. Kabinettssekretär Nobutaka Machimura äußerte jedoch Enttäuschung über den Verlauf der Gespräche und machte trotz der eingangs zitierten gegenteiligen chinesischen Einschätzung seine Befürchtung deutlich, der Stillstand könne eventuell gar den geplanten Chinabesuch Fukudas negativ beeinflussen.

Einziges Ergebnis der Konsultationsrunde und damit zugleich Eingestehen des Scheiterns war der Beschluss, weitere Gespräche nunmehr auf Ministerebene durchzuführen. Ein erstes Treffen wurde für Ende November in Aussicht gestellt. Des Weiteren wurde die Erwartung geäußert, die chinesischen und japanischen Staats- und Regierungschefs sowie ihre Außenminister könnten das Thema am Rande des regiona-

len Gipfeltreffens in Singapur Ende November in bilateralen Gesprächen aufgreifen. (*Daily Yomiuri*, 13.11.07; Kyodo, 9.11.07, nach BBC PF, 10.11.07; Nikkei Net Interactive, 14.11.07; *Wen Wei Po*, 17.10.07, nach BBC PF, 18.10.07; XNA, 20.10., 13., 15.11.07; ZTS, 14.11.07, nach BBC PF, 17.11.07)

China stärkt kulturelle Kooperation mit Afrika

Einem Bericht der Onlineversion der *Renmin Ribao* zufolge ist die chinesische Regierung in besonderem Maße daran interessiert, die dort sogenannten „humanistischen“ Beziehungen zu den afrikanischen Staaten auszuweiten und zu intensivieren. Darunter dürfte im Allgemeinen fallen, was man gemeinhin als auswärtige Kulturpolitik bezeichnet – immerhin ein deutliches Indiz dafür, dass das Interesse am afrikanischen Kontinent weit über Rohstoffinteressen hinausgeht.

Dafür spricht nicht zuletzt auch, dass das chinesische Außenministerium betont, sich zum Sprecher afrikanischer Interessen in Foren wie etwa der UNO oder der G8 gemacht zu haben. Erhebliche Anstrengungen seien darüber hinaus unternommen worden, in regionalen und internationalen Fragen die Standpunkte und das Vorgehen zu koordinieren und die Kooperation zu stärken. Von besonderer Bedeutung seien in diesem Zusammenhang die erstmaligen politischen Konsultationen zwischen dem chinesischen Außenminister und seinen afrikanischen Amtskollegen am Rande der Sitzungsrunde des Plenums der Vereinten Nationen im September dieses Jahres, aus denen die Initiative zu einem regelmä-

ßigen politischen Dialog entstanden ist.

Im Hinblick auf die wichtigen „humanistischen“ Beziehungen Chinas zu Afrika führt das chinesische Außenministerium die Ausweitung der Zahl von Regierungsstipendien für afrikanische Studenten in China von 2.000 auf 2.700 im Laufe des Jahres 2007 an. Seit Jahresbeginn hätten auch bereits mehr als 4.000 Afrikaner an Ausbildungsprogrammen teilgenommen. Mit sechs afrikanischen Ländern seien Abkommen über die Eröffnung von Konfuzius-Instituten bzw. sogenannten Klassenräumen für das Erlernen der chinesischen Sprache unterzeichnet worden. Dem erst im März 2007 gegründeten Konfuzius-Institut an der Universität Zimbabwe in Harare wird in diesem Zusammenhang Modellcharakter für Afrika zugeschrieben. Die erste Gruppe von 50 Studenten habe ihren Chinesischkurs mit guten Ergebnissen bereits abgeschlossen, und das Institut sei gut aufgestellt, um einige Aspekte der chinesischen Kultur zu vermitteln.

Der Vermittlung chinesischer Kultur dient auch das im Jahr 2006 ins Leben gerufene sogenannte African Cultural Visitors Program, in dessen Rahmen sich Mitte Oktober 17 Vertreter aus elf afrikanischen Staaten unter anderem von den Fortschritten bei der Digitalisierung und Verbreitung von Kulturgütern in China über Internet, Satellitenübertragung und auf CDs überzeugen konnten.

Neben einem intensivierten Jugendaustausch – ein besonderes Steckpferd der gegenwärtigen chinesischen Führung – ist es der Mediensektor, der besondere Beachtung findet. Stellvertretend sei hier

die Gründung der ersten eigenen Ukw-Sendestation von Radio China International im kenianischen Nairobi im Jahr 2006 genannt. Im Oktober wurde nun beispielsweise auch ein Kooperationsabkommen zwischen dem chinesischen Auslandssender und der regierungsamtlichen togolesischen Website republicoftogo.com geschlossen, demzufolge Audiodateien von Radio China International auf der Website eingestellt werden sollen. Eine ähnliche Kooperation für Textdateien besteht bereits seit einigen Monaten auch mit der chinesischen Nachrichtenagentur Xinhua. (RMRB online, 5.11.07, nach BBC PF, 7.11.07; XNA, 15.10., 3., 5.11.07; republicoftogo.com, 24.10.07, nach BBC PF, 24.10.07)

China gratuliert zur ASEAN-Charta und macht Druck

Das chinesische Außenministerium gratulierte der ASEAN ausdrücklich zur Unterzeichnung der ASEAN-Charta, die einen Meilenstein in der 40-jährigen Entwicklung der Regionalorganisation darstelle, so Liu Jianchao, Sprecher des chinesischen Außenministeriums. Den Prozess der Integration bezeichnete Liu als strategisches Konzept, das China uneingeschränkt unterstütze. Premierminister Wen Jiabao betonte auf dem ASEAN+3-Gipfeltreffen Ende November 2007 in Singapur, sein Land unterstütze besonders auch die Schaffung einer soziokulturellen Gemeinschaft. Aus einer weiteren Formulierung kann man durchaus eine Führungsrolle Chinas in diesem Prozess herauslesen. China, so Wen, bemühe sich um die Entwicklung eines friedlichen, harmonischen und wohlhabenden

den Asiens, gemeinsam mit allen anderen Staaten in diesem Mechanismus (i.e. ASEAN+3). Stärken möchte die chinesische Regierung hierbei auch besonders den Austausch in den Bereichen Sport und Kultur. So werde China im kommenden Jahr das China-ASEAN Cultural Industry Forum ausrichten, wolle über intensivierte Kooperation im Mediensektor das gegenseitige Verständnis fördern und sei daher bereit, baldmöglichst ein entsprechendes Memorandum of Understanding zur Kooperation in diesem Bereich zu unterzeichnen. Von den anderen beiden +3-Staaten war in diesem Zusammenhang wie auch in Bezug auf weitere chinesische Initiativen gegenüber der ASEAN nicht die Rede.

So wünscht sich China eine verstärkte Zusammenarbeit im Bereich der nicht traditionellen Sicherheitsrisiken wie etwa Drogen-, Waffen- und Menschenhandel, Piraterie, Terrorismus, Geldwäsche und grenzüberschreitende Wirtschaftskriminalität und drängt auf die Erneuerung eines in dieser Hinsicht bereits bestehenden Memorandums zwischen China und der ASEAN. Als intensiver Nutzer der Straße von Malacca, durch die der Löwenanteil chinesischer Ex- und Importe fließt, hat China den Worten Wen Jiabaos zufolge auch allergrößtes Interesse an einem intensiven Dialog und einer entsprechenden Sicherheitszusammenarbeit mit den Anrainerstaaten.

Weitere Impulse für den Ausbau seiner Position gegenüber der ASEAN erhofft sich China ganz offensichtlich auch von der Gründung eines China-ASEAN-Zentrums zur Förderung von wirtschaftlichem, kulturellem und zivilem Austausch unter Betei-

ligung von Nichtregierungsorganisationen. Konkrete Schritte sollten schnellstmöglich zur Implementierung des Aktionsplans für eine strategische Partnerschaft zwischen China und der ASEAN unternommen werden. Bislang existiert über die Gründung eines solchen Zentrums allerdings nicht einmal eine Absichtserklärung, auf deren Unterzeichnung und Umsetzung die chinesische Seite drängt. (XNA, 20.11.07)

SCO-Prozess verläuft schleppend

Auf dem sechsten regulären Treffen der Premierminister der Shanghai Cooperation Organization (SCO) Anfang November in Tashkent war es wieder einmal an Wen Jiabao, auf Fortschritte zu drängen. Wie eigentlich jedes Mal unterbreitete die chinesische Seite Vorschläge, die die Organisation voranbringen sollen. Diesmal waren es vier solcher Vorschläge. An erster Stelle stand dabei der Appell, die bereits gefassten Resolutionen auch ernsthaft umzusetzen. Das deutet auf sehr schleppende Prozesse hin, die nicht in dem Tempo vorangehen, das sich China wünscht. Sonst hätte Wen Jiabao auch nicht in seiner Grußrede betonen müssen, die zentrale Aufgabe des Premierministertreffens sei, dafür zu sorgen, dass die bestehenden Verträge auch mit Leben erfüllt würden.

Auch gegenüber den Amtskollegen der SCO betonte Wen die große Bedeutung, die der Zusammenarbeit auf dem sogenannten humanistischen Gebiet zukomme. Kultur, Bildung, Sport, aber auch Katastrophenschutz und -hilfe seien Arbeitsgebiete, die in besonderem Maße die Vertiefung von gegenseitigem Verständnis und Freundschaft zwischen den Mitgliedern der SCO

fördern könnten. Diese Bereiche sollten demnach zu einem Fokus für die zukünftige Zusammenarbeit werden, was bereits im Jahr 2006 auf dem letzten Treffen in Dushanbe beschlossen worden war. Diesem Zweck soll auch die Unterzeichnung der Vereinbarung über kulturelle Zusammenarbeit dienen. Das SCO-Sekretariat und die Expertengruppe für Kultur seien nun aufgerufen, konkrete Vorschläge für die Umsetzung der Vereinbarung zu unterbreiten.

Eine Initiative zur weiteren Integration und Herstellung von Interdependenz ist auch der Beschluss, die Untersuchungen über die Möglichkeiten zur Einrichtung eines SCO-Entwicklungsfonds. Auch Projekte im Hinblick auf Kooperationen in Handel, Wirtschaft und bei Investitionen seien stärker zu unterstützen. Als Beobachter waren Gesandte Indiens, Pakistans, Irans und der Mongolei zu Gast bei dem Treffen. Ohne Beobachterstatus waren Delegierte aus Afghanistan und Turkmenistan anwesend. Wen Jiabao betonte zwar in seiner Rede, man müsse diese Staaten im Hinblick auf die Ausweitung der regionalen Kooperation prioritär berücksichtigen. Beobachter sind jedoch der Ansicht, dass insbesondere von chinesischer Seite die Bereitschaft zur Vergrößerung der SCO zum gegenwärtigen Zeitpunkt nicht besonders stark ausgeprägt ist. (Xinhua, 2.11.07, nach BBC PF, 3.11.07)